



WETZLARER ECHO

AUSGABE #1/2020 ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI **DKP**

**S.2 | KOMMUNAL-
WAHLEN**

**S.4 | ARBEIT +
KAPITAL**

S.6 | FRIEDEN

Corona-Krise im Lahn-Dill Kreis

Ein gesellschaftlicher Tsunami

DIE BUNDESREGIERUNG HAT DAS GRÖSSTE RETTUNGSPAKET DER GESCHICHTE DER BRD GESCHNÜRT.

Kernstück des Rettungspakets war ein „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“, der sich insbesondere an die Großkonzerne richtet, allein im Umfang von 100 Mrd. Euro für Kapitalmaßnahmen (der Staat beteiligt sich am Kapital der Unternehmen), 100 Mrd. Euro Kredite und 400 Mrd. Euro an Bürgschaften.

Die Großunternehmen werden also mit Milliardenbeträgen geschützt. Wie aber sieht es für die Kommunen aus? Für den Lahn-Dill Kreis hat der Landrat Schuster bereits im März vor einem „wirtschaftlichen Tsunami“ gewarnt. Mit dem derzeit starken Aufkommen von Kurzarbeit in der verarbeitenden und Automobilindustrie hier im Landkreis werde es in einer zweiten Welle einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen geben, und in einer dritten Welle würden Städten und Gemeinden und in der Folge auch dem Kreis Einnahmen wegbrechen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise würden den Lahn-Dill-Kreis und das Gesicht der Region "massiv verändern - so, wie wir es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nicht erlebt haben". "Es wird viele Jahre brauchen, bis wir uns wieder auf dem Niveau von 2020 befinden werden.", zitierte die Wetzlarer Neue Zeitung den SPD-Politiker.

Bereits während des Lockdowns brachen mit Gewerbe- und Einkommenssteuer in

vielen Kommunen die Grundsäulen der kommunalen Einnahmen ein.



Und dennoch – oder gerade deswegen – bleiben die Forderungen der Unternehmer in dieser Situation. Der hessische Unternehmerverband fordert mit Blick auf die Kommunalwahlen 2021 die weitere „Konsolidierung der kommunalen Haushalte“, also weitere Sparmaßnahmen, zugunsten von „Investitionen in die lokalen Wirtschaftsstandorte“ und Steuererleichterungen u.a. bei der Gewerbesteuer.

Es ist nicht schwer vorauszusehen, welche Bereiche davon in allererster Linie betroffen sein werden.

Nämlich vor allem Zuschussbetriebe wie der Sozial-, Kultur- und Sportbereich (also Museen und Schwimmbäder). Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass eigentlich notwendiger Investitionsbedarf wie die Aufstockung von Krippenplätzen nicht getätigt wird.

Diese Kürzungen im Sozialbereich treffen vor allem diejenigen, die sowieso schon unter den Folgen der Corona-Krise zu leiden haben: Ärmere Familien mit Kindern, die auf Kinderbetreuung und andere Unterstützungsangebote von Schulen, Gemeinden und ehrenamtlichen Institutionen angewiesen sind. Studien zeigen, dass während des Lockdowns insbesondere die Kinder in angespannten Wohnsituationen ohne Rückzugsmöglichkeiten zum Lernen und ohne die technische Ausstattung für „Home-Schooling“ das Nachsehen hatten.

Statt Milliarden für Großunternehmen brauchen wir einen Schutzschirm für kleine Unternehmen, Beschäftigte und Familien mit niedrigen Einkommen!

WEITERE THEMEN

- S. 2: Aufruf der DKP Lahn-Dill**
- S. 3: DKP-KandidatInnen**
- S. 4: Reichtum in LDK**
- S. 5: Arbeiten in LDK**
- S. 6: Frieden**
- S. 7: Stadt Wetzlar**
- S. 8: Bundestagswahlen**

Kommunalwahl 2021

DKP: Wir sagen „Nein“ zum drohenden Sozialkahlschlag!

AUFRUF DER DKP LAHN-DILL ZU DEN KOMMUNALWAHLEN 2021

Gegenwärtig gilt die öffentliche Aufmerksamkeit den Auswirkungen der Corona-Krise. Deren Auswirkungen haben bislang vor allem die Geringverdiener zu spüren bekommen: Durch Entlassungen von Zeit- und Werksarbeitern und weniger Lohn durch Kurzarbeit. Auch Beschäftigte mit mittlerem Einkommen müssen empfindliche Einkommensverluste hinnehmen. Viele Kleinbetriebe, vor allem aus dem Bereich Gastronomie, stehen vor dem Ruin. Hinzu kommt für viele Familien eine extreme Belastung durch fehlende Kinderbetreuung und „Home-Schooling“ während des Lockdowns. Ärmere Familien wohnen in kleineren Wohnungen mit wenig Rückzugsmöglichkeiten zum Lernen. Ihnen fehlt für das „Home-Schooling“ in den meisten Fällen auch die technische Ausstattung.

Die gegenwärtige Corona-Pandemie ist zwar nicht die Ursache von Armut, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen, denn diese begleiten die BRD seit ihrer Gründung. Aber sie verschärft die Situation vieler Menschen. Landrat Schuster (SPD) hat bereits vor einem „wirtschaftlichen Tsunami“ im Lahn-Dill-Kreis gewarnt. Es stellt sich die Frage, wer für diese Krise bezahlen wird: Die Kapitalbesitzer oder die Beschäftigten?

Der Griff nach den kommunalen Haushalten

Der hessische Unternehmerverband fordert, dass nach der Kommunalwahl die Wirtschaft mit „Investitionen“ gefördert und die kommunalen Haushalte weiter konsolidiert werden sollen – zu deutsch: weiter Sparen „trotz Corona“. Setzt sich diese Ansicht durch, drohen weitere kommunale Angebote – Museen, Schwimmbäder, Investitionen in der Kinderbetreuung – dem Rotstift zum Opfer zu fallen. Und nach der Kommunalwahl ist vor der Bundestagswahl: Spätestens die neu gewählte Bundesregierung wird Ende 2021 anfangen „müssen“, die Haushaltslöcher zu stopfen, die Rettungspakete zugunsten großer Konzerne gerissen haben.

Der Griff in die Tasche der Beschäftigten

Es sind weitere Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten zu erwarten. So hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall im Mai

einen echten „Horror katalog“ aufgestellt: Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Grundrente dürfe nicht umgesetzt werden; geplante und bestehende Maßnahmen zur Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Befristungen, Leiharbeit) sollen zurückgenommen werden; gesetzliche Spielräume zur Arbeitszeitgestaltung (Flexibilisierung) sollen ausgeweitet und der Kündigungsschutz weiter gelockert werden.



Nach der Kommunalwahl, spätestens nach der Bundestagswahl müssen wir auf die Fortsetzung der Spar- und Kürzungspolitik gefasst sein, die die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher macht.

In dieser Situation wollen wir als Kommunistinnen und Kommunisten mit unseren bescheidenen Kräften dazu beitragen, dass es bei den Kommunalwahlen und in den Kommunalparlamenten eine Stimme des Widerstandes gegen den drohenden Sozialkahlschlag im Lahn-Dill-Kreis gibt.

Wir sagen: Nein zum drohenden Sozialkahlschlag! Die DKP Lahn-Dill unterstützt daher die Liste der Linkspartei Lahn-Dill und ruft zu deren Wahl bei den Kommunalwahlen 2021 auf.

Wir unterstützen dabei ausdrücklich die folgenden Forderungen aus dem Kommunalwahlprogramm der LINKE Lahn-Dill:

- Hartz IV-Sanktionsmaßnahmen aufheben, Strom- und Gassperren müssen verhindert werden,
- Statt Sozialkahlschlag: Die Einführung von Sozialpässen, den Aufbau bzw. Ausbau und die Unterhaltung von kostenfreien Treffpunkten,
- Die Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und Wohnbaugenossenschaften, Bauland öffentlichen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften zur Errichtung von Sozialwohnungen zur Verfügung stellen,
- Den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Krippenplätzen und Kindergärten,
- Die Grundschulstandorte sind auch bei sinkenden Schülerzahlen aufrecht zu erhalten,
- Die Privatisierungen im Gesundheitsbereich sind strikt abzulehnen. Es ist eine Rekommunalisierung anzustreben. Krankenhäuser dürfen nicht geschlossen und Arztpraxen im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben,
- Einen verlässlichen und insbesondere in den ländlichen Gemeinden besser und enger getakteten öffentlichen Personennahverkehr einrichten

Darüber hinaus stellen wir als DKP die folgenden Forderungen:

- Frieden und Freundschaft mit Russland und China – Nein zu Aufrüstung und NATO-Aggression! Statt Rüstungshaushalt aufstocken, mehr Geld für Bildung und Soziales!
- Die Reichen müssen zahlen! Eine Vermögensabgabe und Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- Kampf um jeden Arbeitsplatz – 100% Lohnfortzahlung für alle Beschäftigten in Kurzarbeit! Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich!
- Mehr Geld für die, die weniger haben! Erhöhung des Kindergeldes und ALG-II Satzes. Einführung einer Mindestrente von 1200 Euro und Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde.
- Keine Preissteigerungen für Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs! Keine Steuererhöhungen auf Energie und Lebensmittel im Namen der Klimaschutzes!
- Überführung der Daseinsvorsorge in öffentliche Hand! Mehr und deutlich besser bezahltes Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

Kommunalwahl 2021

DKP-Kandidatinnen und Kandidaten



Klaus Petri

Lehrer i.R., Kandidatur zum Stadtparlament (Platz 6 der Liste) und zum Kreistag

„Mir ist wichtig, dass die Verkehrswende in Wetzlar gelingt, dass die EINZELHANDELS-FRESSER wie Amazon und IKEA steuerlich an die Kette gelegt werden, dass genügend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und die attraktiven und vielfältigen Kultur- und Sportangebote in unserer Stadt erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden. Von meinen MitbürgerInnen wünsche ich mir, dass der weit verbreitete ‚narzisstische Tunnelblick‘ abgelegt wird: ‚Einen Finger kann man brechen, fünf Finger sind eine Faust!‘ Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“

Darja Espenhain

Ergotherapeutin und alleinerziehende Mutter, Kandidatur zum Stadtparlament (Platz 7 der Liste) und zum Kreistag

„Schon als Kind war mir ein solidarisches und soziales Miteinander sehr wichtig. Ich habe durch meine Familie vermittelt bekommen, dass jeder Mensch das Recht auf ein würdevolles Leben hat. Gerade als Mutter, darf ich nun die Welt wieder ein Stückchen mehr mit Kinderaugen sehen und umso mehr schmerzt es zu sehen, wie sehr sie durch soziale Ungleichheit, Profit und Macht, Stück für Stück zerstört wird.“



Walter Schäfer

Lehrer i.R., Hohenahr, Kandidatur für den Kreistag (Platz 36 der Liste)

„Gemeinsames und solidarisches Handeln für die als richtig erkannten Ziele – das war mein Motto, seit ich begonnen habe mich politisch zu betätigen, und das ist es heute noch! Daran ändert auch die Pandemie nichts, im Gegenteil!“

Susanne Seibert

Arbeiterin i.R., Mittenaar, Kandidatur für den Kreistag (Platz 17 der Liste)

„Mit meiner Kandidatur möchte ich mich auch nach meinem Berufsleben weiter für Arbeitnehmerrechte einsetzen, vor allem für sichere Arbeitsplätze unter menschenwürdigen Bedingungen. Es darf nicht sein, dass Menschen Ihr Leben lang überwiegend in prekärer Arbeit beschäftigt werden und im Alter nicht von Ihrer Rente leben können.“



Faktencheck: Wer zahlt am Ende für die Krisen?

„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“



DIE FRIEDHELM-LOH GROUP...

„Innovationsführer“, „Global Player“, „Familienunternehmen“, „TOP-Arbeitgeber“. Das sind die Schlagworte, mit denen die „Friedhelm-Loh-Group“ sich selbst im Internet bewirbt. Die Firmengruppe mit Sitz in Haiger verfügt über 12 Produktionsstätten, 96 Tochtergesellschaften und weltweit 12.000 Beschäftigte. Der Chef des „inhabergeführten Unternehmens“ wurde am 16. August 1946 im alten Dillkreis geboren, ist mit einem Vermögen von 7,5 Milliarden Euro der zweitreichste Mann in Hessen und fungiert bundesweit als Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

Dass er vom „Top Employers Institute“ für 2020 das 11. Mal in Folge als „TOP Employer Deutschland“ ausgezeichnet wurde, kennzeichnet eine verhängnisvolle Entwicklung in der deutschen Gesellschaft mit asozialen Verwerfungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt. In Folge von Altkanzler Gerhard - „Genosse der Bosse“ - Schröders Agenda 2010 wurde der Spitzensteuersatz abgesenkt, die Prekarisierung der Arbeitswelt (Mini-Jobs, Leiharbeit, Zeitverträge, „hire and fire“) vorangetrieben und die Mitbestimmung zurückgefahren.

Als Milliardär war Friedhelm Loh bereits in 2010 mit einem Vermögen von 1,4 Mrd. gelistet. Während Arbeiter und Angestellten in vielen Branchen Lohneinbußen und eine Verlängerung der Arbeitszeit zugemutet wurden, hat sich das Vermögen des Herrn Loh innerhalb eines Jahrzehnts verfünffacht.

Ob dieser – trotz reichlichen Betens – noch eine Chance auf einen Platz im Himmel hat? Bibel-Kundige sind da skeptisch, heißt es doch im Neuen Testament (Matthäus 19/24): „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher ins Himmelreich kommt“.

In dem Online-Portal der Evangelischen Freikirche Riedlingen e.V. („Kurz bemerkt“ vom 22. April 2015) schreibt ein Glaubensbruder von Loh, Jakob Tschardtke, wenig loblich: „Friedhelm Loh sollte sich schämen. Bei einem Treffen christlicher Unternehmer kritisiert der Vorzeige-„Christ“ Friedhelm Loh den Mindestlohn von 8,50 Euro.“ Loh habe moniert, schreibt Tschardtke weiter, dass „das Klima von Leistungsela und Schaffensfreude unter dem Mindestlohn leide“ und empfiehlt dem „TOP-Employer“, seine Bibel „hervorzukramen“. Darin finde sich die Feststellung „Ein Arbeiter ist seines Lohnes wert“.

**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**



**NEUER
TERMIN!**

27. - 29. AUGUST 2021

Faktencheck: Wer zahlt am Ende für die Krisen?

HAUSTARIFVERTRAG UNERWÜNSCHT

EINE LANGJÄHRIGE „ARBEITERIN IM WEINBERG DES HERRN LOH“ IST SUSANNE SEIBERT AUS MITTENAARBALLERSBACH GEWESEN. DAS WETZLARER ECHO HAT SIE INTERVIEWT.

WETZLARER ECHO: Susanne, wie lange warst du „Mitarbeiterin“ von Friedhelm Loh, was hast du dort gearbeitet?

SUSANNE SEIBERT: Ich war insgesamt 43 Jahre bei Rittal, von 1977 bis 2019, jetzt bin ich mit 58 Jahren frühverrentet. Begonnen habe ich nach zunächst drei Jahren Heimarbeit 1980 im Herborner Betrieb Rittal Wandgehäuse GmbH u. Co KG in der Türenfertigung, 1986 wurde ich zur Betriebsrätin gewählt, seit 1990 war ich dann freigestellte Betriebsrätin.

WETZLARER ECHO: Du bist IG-Metall-Mitglied?

SUSANNE SEIBERT: Selbstverständlich. Im Herborner Produktionswerk waren über 80 % der Beschäftigten in der Gewerkschaft. In 2012, als die MITTELHESSEN-Arena in Wetzlar in RITTAL-Arena umbenannt wurde, haben wir uns gemeinsam mit dem Werk Rennerod für einen Haustarifvertrag stark gemacht. Herr Loh setzte aber alles daran, einen Tarifvertrag bei Rittal zu verhindern. Der Konzernbetriebsrat hat sich dieser Strategie leider nicht widersetzt.

Mit Blick auf Prämien und Weihnachtsgeld hat man sich auf „Gunst und Gnade“ von Herrn Loh eingelassen, statt tarifvertraglich festgeschriebenes Recht für alle einzufordern.

WETZLARER ECHO: Wie hat sich im Herborner Werk die Beschäftigtenzahl entwickelt?

SUSANNE SEIBERT: Vor 30 Jahren waren wir etwa 600 gewerblich Beschäftigte, alle mit regulären Arbeitsverträgen. Sowohl durch technische Änderungen als auch durch den Einsatz von Leihpersonal wurden die regulären Arbeitsplätze immer weniger. Unter anderem führte auch der in 2018 abgeschlossene Sozialplan dazu, dass aktuell nur noch etwa 60 Kolleginnen und Kollegen reguläre beschäftigt sind.

WETZLARER ECHO: Derzeit sind viele Menschen in Industriebetrieben in staatlich finanzierter Kurzarbeit. Wie war das denn bei euch in der Banken- und Finanzkrise 2008?

SUSANNE SEIBERT: Als sich die Krise abzeichnete, ließ Rittal als erste Maßnahme alle befristeten Verträge bis auf einen auslaufen. Während Herr Loh laut der Forbes-Liste finanziell gestärkt aus der Krise hervorging, vermehrten sich auf den Arbeitszeitkonten der Kolleginnen und Kollegen die Minusstunden bis zum Limit.

WETZLARER ECHO: Lernt man denn als „Loh-Group-Member“ auch das Beten?

SUSANNE SEIBERT: (lacht) Nein, ich zumindest bin da resistent. Ich bekomme jetzt noch – ein Jahr nach meinem Ausscheiden aus der Firma ungefragt ein evangelikales Magazin, den „Lebenslauf“ zugeschickt. Auf Nachfrage war zu erfahren, dass das von der Friedhelm Loh Group veranlasst wird.

WETZLARER ECHO: Herzlichen Dank für das Interview, Susanne, und für deinen unermüdlichen Einsatz für Arbeiter(innen)-Interessen und soziale Rechte. Wir wünschen dir viel Gutes für die Zeit im wohlverdienten Ruhestand.

Keine Wertschätzung - Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst

Trotz des bejubelten Tarifabschlusses des VKA und der Gewerkschaft ver.di bleiben bei den Beschäftigten viele Fragen offen. Zunächst wirkt der Abschluss als ausgesprochen gut, die angepriesenen Erhöhungen scheinen enorm und die versprochenen Boni außerordentlich spendabel.

Der Schein trügt jedoch, denn bei genauerem Betrachten wird klar, dass beispielsweise in diesem Jahr gar keine Erhöhung stattfindet und die Beschäftigten dadurch Minus machen. Erst ab dem April des Folgejahres sollen die Löhne steigen.

Es soll noch in diesem Jahr eine „Corona-Prämie“ zusätzlich zu der bereits erhaltenen Prämie ausgezahlt werden. Diese ist mit höchstens 600 Euro nicht ansatzweise etwas, dass man in Anbetracht des täglichen Wahnsinns Wertschätzung nennen könnte. Zudem trägt dies auch zu keiner Lösung für alle bei, denn einige dieser vertraglichen Inhalte betreffen nur einen Teil der Belegschaft, was auch mitunter an ausgegliederten Servicebereichen liegt, in denen der TVöD nicht gilt. Ausgenommen ist dabei zum Beispiel das Personal aus dem Hausservice, dem Transportdienst oder den Laboren. Dies sorgt für immensen Frust bei den benachteiligten Kolleginnen und Kollegen und treibt einen Keil in die Belegschaft.

Das Personal soll wieder mit geschönten Zahlen und Entschuldigungsgesuchen durch die Arbeitgeber mit Fingerzeig auf die angeblich leeren Kassen abgespeist werden. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, beispielsweise durch eine angemessene Personalbemessung oder eine bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung, ist für sie keine Option. Doch genau solche Änderungen sind essentiell, um eine humane Gesundheitsversorgung sicherzustellen und für die Zukunft aufrecht zu erhalten.

Die Tarifrunde hat allerdings auch gezeigt, dass die Solidarität wächst, die Notwendigkeit des Arbeitskampfes zunehmend erkannt wird und alle Beteiligten erlebt haben, dass sie gemeinsam etwas Zukunftsorientiertes erreichen können. Auch wenn sich die Bedingungen durch den neuen Abschluss nicht verbessern, umso stärker wird die Belegschaft sich formieren, um ihren begonnen Arbeitskampf fortzuführen und diesen auf lange Sicht in ihrem Sinne zu entscheiden.

Aus: Unsere Zeit, 06.11.2020

Abrüsten statt Aufrüsten - Nein zur Erhöhung der Militärausgaben

Die Friedensbewegung ruft anlässlich der Abstimmung über den Bundeshaushalt 2021 für den 5. Dezember bundesweit zu Kundgebungen und Aktionen auf. Die Berliner Friedenskoordination (Friko) schreibt in ihrem Aufruf zum Aktionstag, dass der Rüstungshaushalt nun zum siebten Mal in Folge steigen soll, jetzt auf 46,8 Milliarden Euro. Ob Trump oder Biden, das Erreichen des 2-Prozent-Ziels der NATO bis 2031 hat Bestand. 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für das Militär wären, so die Friko, – trotz Wirtschaftskrise und Pandemie – dann 90 bis 100 Milliarden Euro. Die Friko erklärt dazu: „Aufrüstung steigert die Kriegsgefahr und verhindert die dringend notwendige Friedens- und Entspannungspolitik. Aufrüstung ‚verbrennt‘ Ressourcen für eine soziale und ökologische Entwicklung unserer Gesellschaft.“

Der Bundeaschuss Friedensratschlag schreibt: „In der Woche ab dem 7.12.2020 soll der Bundeshaushalt für 2021 verabschiedet werden. Geplant ist, dass der ‚Verteidigungshaushalt‘ erneut um 2,6% steigen soll. Damit drohen Ausgaben von 50 Milliarden Euro für Rüstung! Dabei brauchen wir jeden Euro für Investitionen im Sozialen, der Gesundheit, der Umwelt, der Wissenschaft und für Bildung! Eine konsequente Abrüstung setzt diese Mittel frei!“

Abrüstung tut auch für die internationale Lage not. Weltweit erreichen die Militärausgaben neue Rekordhöhen, ein neuer Rüstungswettlauf ist in vollem Gange. Zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle sind aufgekündigt. Neue Atomwaffen werden stationiert und ihr Einsatz wird geübt. Deutschland gehört seit Jahren zu den Top 5 der größten Waffenexporteure der Welt.“



Bild: Die DKP Lahn-Dill auf der Mahnwache zu 75 Jahre Hiroshima am 08. August auf der alten Lahnbrücke in Wetzlar.

Frieden mit Russland und China!

Die USA und ihre NATO-Verbündeten haben in den vergangenen Jahren einen neuen Kalten Krieg gegen Russland, aber auch gegen China gestartet und spitzen die Konfrontation immer weiter zu. Damit steigt die Kriegsgefahr – weltweit und auch in Deutschland. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung möchte nicht, dass die Bundesregierung sich in dem Konflikt auf die Seite der USA schlägt – doch die Regierung Merkel verstärkt ihre NATO-Treue sogar noch.

Seit Monaten werden US-Regierung und -Opposition nicht müde, China die Schuld am Ausbruch von Covid-19 zu geben – bis hin zur wahnwitzigen These, China habe das Virus sogar selbst entwickelt, um den westlichen Ländern zu schaden. Dabei verhält es sich genau andersherum: Durch die entschlossenen Maßnahmen Chinas konnte der Ausbruch in Wuhan eingedämmt werden. Die chinesischen Erfahrungen, Erkenntnisse und Hilfsangebote wurden jedoch monatelang von einigen westlichen Staaten ignoriert – mit katastrophalen Folgen. Den aggressiven Vorwürfen der US-Regierung gegen China schlossen sich auch zahlreiche deutsche Medien und Politiker an, von „Bild“ bis „Zeit“, von den Grünen bis zur CDU. Immer stärker werden wirtschaftliche und politische Maßnahmen gegen China eingefordert. Ein aktuell kursierender, von mittlerweile 760 Politikern aus 37 Staaten unterzeichneter Aufruf verlangt ein geschlossenes Vorgehen der westlichen Staaten gegen die Volksrepublik. Unter den Unterzeichnern finden sich Politiker wie Jürgen Trittin und Claudia Roth von den Grünen.

Diese Initiativen lehnen sich direkt an das militärische Säbelrasseln des US-Militärs im Pazifik an. Bereits in den letzten Jahren hat es im Südchinesischen Meer, in dem China Anspruch auf einige Inseln erhebt, seine Einheiten deutlich verstärkt. Bis zum letzten Jahr verbot der INF-Vertrag zwischen den USA und Russland den beiden Unterzeichnerländern die Stationierung von (auch nuklear bestückten) Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis zu 5.500 km. Schon kurz nachdem der Vertrag nach Kündigung durch die US-Regierung im vergangenen Jahr ausgelaufen war, begann diese mit Raketentests im Pazifik – eine ungeheure Provokation gegenüber China und seinen Sicherheitsinteressen. Die US-Regierung kündigte gleichzeitig an, künftig Mittelstreckenraketen in der Region zu stationieren. Hinzu kommen Luftbasen wie auf der Insel Guam und patrouillierende Kriegsschiffe. Die Einkreisung Chinas durch die USA wird auch mit Hilfe seiner Verbündeten Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan vollzogen.

Auch die deutsche Bundesregierung macht bei der US-amerikanischen Mobilisierung gegen China mit. So forderte Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer im vergangenen November, dass sich Deutschland als Gegenmacht zu China positionieren solle, um dessen angeblichen Machtanspruch einzudämmen. Von militaristischem Größenwahn gepackt, sagte sie: „Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen.“ Und das Grundgesetz völlig ignorierend: „Die Aufgaben unserer Marine gehen über die Landes- und Bündnisverteidigung hinaus. Denn Seewege sind Lebensadern. Und so ist die Freiheit der Seewege für Deutschland und unseren Wohlstand von großer strategischer Bedeutung.“ Daraufhin kündigte die Bundesmarine im März an, die Fregatte „Hamburg“ für Manöver fünf Monate lang in den Indopazifik zu schicken. Statt friedlicher Handelspolitik werden nun die alten kolonialistischen Töne – begleitet von handfesten Maßnahmen – gegenüber China wiederbelebt.

Historische Altstadt Wetzlar

Parkhaus durchgewunken



Bild: YouTube Video, „Parkhauswahn in Wetzlar“

**WETZLARER STADTVER-
ORDNETENVERSAMMLUNG
WINKT PARKHAUS IN DER
HISTORISCHEN ALTSTADT
DURCH – GRÜNE IM
LETZTEN MOMENT NICHT
DABEI**

Am Montag, dem 28.09.2020, fiel in der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung die denkwürdige Entscheidung zum Abriss der KiTa Marienheim und zum Neubau eines Parkhauses zwischen Rosengärtchen und Dom.

Die einzige Überraschung bei der Abstimmung war, dass die Wetzlarer GRÜNEN in letzter Sekunde dem umstrittenen Projekt die Zustimmung durch Enthaltung verweigerten – zur direkten Ablehnung wollten sie sich dann doch nicht durchringen. So wachsw weich wie ihre gesamte Haltung in dieser Frage war dann auch die Begründung für ihren „Sinneswandel“: Man habe Zweifel angesichts der Größe und der Kosten des Parkhauses! Soll wohl heißen, eine oder zwei Nummern kleiner – quasi ein „Parkhäuschen“ – hätte man mitgetragen! Nun wird eine der wenigen größeren Grünflächen inmitten der Altstadt versiegelt.

Die Abgeordneten der LINKEN haben als einzige die Position der Bürgerinitiative „Lebenswerte Altstadt“ unterstützt und konsequent mit „Nein“ gestimmt.

Vorausgegangen war dieser Abstimmung ein jahrelanger Diskussionsprozess, der bereits im Februar 2018 mit dem Grundsatzbeschluss zum sogenannten „Domhöfe-Konzept“ ein vorläufiges Ende gefunden hatte. Ergebnis: Abriss des Stadthauses, Neubau mit Kino-Center, Umzug der KiTa Marienheim in die Turmstraße und Parkhausneubau auf der Marienwiese. Man hatte sich in die Hände des Groß-Investors Martin Bender begeben, und dessen wirtschaftliche Interessen bestimmten von nun an die Neugestaltung der historischen Altstadt.

Dass ab diesem Zeitpunkt die Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger keine Rolle mehr spielten, war ebenso klar. Wozu noch Bürgerbeteiligung, wenn es doch eh nichts zum Beteiligten gab? Hier hat die Stadt Wetzlar und die sie regierende Koalition aus SPD, GRÜNEN und FW viel politisches Kapital verspielt.

Berechtigte Einwände von Altstadtbewohnern und schlüssig vorgetragene Alternativ-Konzepte wie z. B. der sehenswerte Film des BI-Mitstreiters Harald Minde auf YouTube wurden schlichtweg ignoriert. Echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus!

Die Wetzlarer LINKEN unterstützen weiterhin die Positionen und die Argumente der BI „Lebenswerte Altstadt“, und wir, die DKP Lahn-Dill, werden sie dabei unterstützen, indem wir auf der Liste der LINKEN für die Stadtverordnetenversammlung in Wetzlar kandidieren.

**Größte Stadt in Hessen
mit 5-köpfiger NPD-
Fraktion: Wetzlar!**

Wahrlich - ein trauriger Rekord, denn dahinter stecken ja immerhin 7,7% Wählerinnen und Wähler! Im Kreis wurde dieses Ergebnis sogar noch getoppt von Leun mit 11,2% der Stimmen und 3 Abgeordneten. Das waren dann neben zwei Kommunen im Wetteraukreis die einzigen kommunalpolitischen Erfolge der NPD in Hessen bei der Kommunalwahl 2016.

Wetzlar ist und war seit vielen Jahren Ziel neofaschistischer Aufmärsche und sonstiger Umtriebe:

- Versuche, am 1. Mai Kundgebungen zum „Tag der nationalen Arbeit“ auf dem Domplatz durchzuführen
- verschiedene Demos gegen „Kinderschänder“ u. a., zuletzt mehrfach unter Mithilfe der sattsam bekannten Melanie Dittmer, ursprünglich Funktionärin der „Identitären Bewegung“, jetzt „Identitäre Aktion“, vom Amtsgericht Wetzlar zu 7 Monaten Freiheitsentzug verurteilt, für 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt, plus 100 Stunden gemeinnützige Arbeit wegen des Vergleichs der Geflüchteten mit der Pest im Mittelalter
- der Brandanschlag auf das Haus des Pastoralreferenten Joachim Schaefer, bei dem das Töten von Menschen billigend in Kauf genommen wurde
- Versuch der NPD, im März 2018 die Stadthalle Wetzlar für ein Rechtsrockkonzert zu missbrauchen
- Anschläge auf die Büros der LINKEN und der GRÜNEN
- das Hakenkreuz vor der kath. Kirche in Dalheim
- Aussagen wie jüngst die von Thassilo Hantusch (NPD) im Stadtparlament: Wer sich – wie Joachim Schaefer – als Antifaschist betätige, müsse sich nicht wundern, dass ein Brandsatz gegen sein Haus geworfen werde
- und, und, und ...

Gut dagegen ist es, dass die Bewegung gegen alte und neue Faschisten immer präsent ist! DGB, Bündnis gegen Nazis, „Wetzlar erinnert“, Parteien und Jugendorganisationen haben die Nazis immer wieder in ihre Schranken gewiesen. Wir als DKP waren selbstverständlich regelmäßig mit dabei, weil wir wissen, dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist - eine widerwärtige Form bürgerlicher Herrschaft, eine Option für die Herrschenden, wenn es anders nicht mehr gehen sollte!

Bundestagswahl 2021

DKP: Wir kandidieren zur Bundestagswahl

Die DKP Hessen kandidiert mit einer Landesliste zu den Bundestagswahlen 2021.

Die Ursache der Krise heißt nicht Corona, sondern Kapitalismus! Die Krise gefährdet zig-tausende von Lohnabhängigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz. Sie raubt schon jetzt Kindern und Jugendlichen jede Perspektive auf ein Leben ohne Angst vor Armut.

Gleichzeitig verdienen die Reichen und Superreichen auch noch an dieser Krise. Und sie wollen noch mehr Kasse machen! Die Konzerne lassen keine Möglichkeit aus, um über Kurzarbeit die Personalkosten auf die Allgemeinheit - also auf die Lohnabhängigen, die im Wesentlichen die Steuerlast tragen - abzuwälzen. Da die herrschende Klasse auf ihren Staats- und Regierungsapparat zählen kann, werden den deutschen Großkonzernen auch noch Steuermilliarden hinterhergeworfen.

Für Krankenschwestern, Pflegekräfte, Busfahrer ... soll am Ende nur der Applaus bleiben.

Dem setzen wir als Kommunisten entgegen:

Statt Kurzarbeit und Personalabbau muss eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich her. Zusätzlich brauchen die Menschen in diesem Land eine deutliche Anhebung der Löhne, gerade in den unteren Lohngruppen.

Hartz IV hat nichts mit Unterstützung zu tun. Es ist ein Druckmittel, um Arbeitslose und Arme zu jeder Arbeit zu zwingen. Zu jedem Preis (oft sogar als "Praktikum" für lau). Hartz IV ist staatlich verordnete Armut! Hartz IV muss weg! Wir brauchen eine bedarfsdeckende Unterstützung!

Die Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung, öffentlicher Personenverkehr, Energie- und Wasserversorgung, Kommunikation, gehören in öffentliche Hand und unter öffentliche Kontrolle!

Die Privatisierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte sind zurückzunehmen.

Die grassierende Wohnungsnot setzt die Regulierung des Wohnungsmarktes auf die Tagesordnung. Wir brauchen staatlichen Wohnungsbau unter gesellschaftlicher Kontrolle. Wir brauchen die Enteignung der dafür notwendigen Flächen. Der Wohnungsbestand ist gesellschaftlich kontrolliert zu belegen (Wohnraum-zwangsbewirtschaftung).

Die Milliarden für Großkonzerne, die Aufrüstungspläne von Kramp-Karrenbauer, von der Leyen und Co. zeigen: Geld genug ist da! Das soll, nach den Vorstellungen der Herrschenden, dem Großkapital nachgeworfen werden. Die Menschen, die die Werte schaffen, sollen nicht nur leer ausgehen, sie sollen noch weiter zur Kasse gebeten werden.



Bild: Spitzenkandidat der DKP Landesliste Bernd Blümmel, 57, Betriebsrat bei der Deutschen Telekom IT GmbH, Darmstadt.

Unterstützungs- unterschriften

Damit die DKP Hessen bei der Bundestagswahl 2021 mit einer Landesliste kandidieren darf, benötigen wir Unterstützungsunterschriften. Mit einer Unterschrift ermöglichen Sie die Kandidatur, unabhängig von Ihrer endgültigen Wahlentscheidung. Sie müssen wahlberechtigt sein, also in Hessen mit erstem Wohnsitz gemeldet sein und volljährig.

Das Formular für die Unterstützungsunterschrift finden sich auf der Homepage der DKP Hessen.

www.dkp-hessen.de

Für weitere Informationen oder Rückfragen erreicht man die DKP Lahn-Dill via E-Mail: lahn-dill@dkp-hessen.de

In eigener Sache

Das Wetzlarer Echo hat eine lange Tradition als Kleinzeitung für das Wetzlarer Stadtgebiet. In den 1970er Jahren das erste Mal erschienen, widmete es sich immerhin etwa anderthalb Jahrzehnte kommunalen Themen mit einem Schwerpunkt auf den Wetzlarer Stadtteil Niedergirmes. Die Zusammenlegung der Städte Gießen und Wetzlar zu Lahn (Stadt) im Jahr 1977-79 wurde dort ebenso kritisch beleuchtet wie die Veränderungen in der Industriestadt Wetzlar in den 1980er Jahren. Das Wetzlarer Echo war eine von drei Zeitungen der DKP in Wetzlar, neben den Betriebszeitungen „Roter Anker“ bei Buderus und „Zur Sache“ bei Philips. In dieser Tradition sehen sich auch heute noch die Mitglieder der Redaktion und des Kreisverbandes der DKP. Gerade in heutigen Zeiten, in denen wir mit einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise konfrontiert sind, ist eine kämpferische Stimme für die Menschen, die in Wetzlar wohnen und arbeiten, dringender nötig denn je.

Impressum und ViSdP

Walter Schäfer, c/o DKP Lahn-Dill, Hansteinstraße 4. 60318 Frankfurt
lahn-dill@dkp-hessen.de



unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

www.unsere-zeit.de – Zeitung der DKP - Abonnieren und Unterstützen